



Projektland: Slowakei

Quartal/Jahr: April bis Juni 2010

## Parlamentswahlen 2010 in der Slowakei – die Niederlage von Populismus und Radikalismus

**Parlamentsparteien:** SMER SD - 34, %, SDKU – 15, 4 %, SaS – 12, 1%, KDH – 8, 5 %, Most – Híd 8, 1%, SNS – 5, 1%. **Wahlbeteiligung:** 59 %.

In der Slowakei ergreift dieser Tage eine neue Regierung die Macht. Als Prioritäten ihrer Tätigkeit setzt sie von Anfang an Anstand, Etatverantwortungsbewusstsein, Null-Toleranz gegenüber Gesetzesverletzungen auf allen Ebenen der Gesellschaftssteuerung, aber auch die Unterdrückung von Korruption und die Stärkung der bürgerlichen Gesellschaft. Der Koalitionsvertrag, den am 7. Juli 2010 die Repräsentanten von vier Regierungsparteien unterzeichneten – SDKU, SaS, KDH und Most – Híd, zeigt auch ihre Entschlossenheit, günstige Bedingungen für die Entfaltung einer sozialen Marktwirtschaft zu schaffen und die Bedingungen der außenpolitischen Position der SR zu verbessern, er garantiert eine gute Zusammenarbeit mit allen Ländern und verspricht eine Problemlösung bei den internationalen Beziehungen auf europäischer Ebene.

Vorausgegangen sind die Parlamentswahlen vom Juni, die über die Änderung der politischen Verhältnisse in der Slowakei entschieden. Obwohl dabei die Regierungspartei SMER – SD mit 34, 8 % der Stimmen und 62 Abgeordnetenmandaten im Parlament siegte, ermöglichte es ihr dieses Ergebnis nicht, eine Parlamentsmehrheit zusammenzubringen und eine Regierung aufzustellen. Der Parteichef und ehemalige Ministerpräsident der Slowakei, Róbert Fico, langfristig populärster Politiker in der Slowakei, auf dessen Wahlsieg sich alle Umfragen vor der Wahl einigten, konnte als Wahlsieger dieses Potential nicht nutzen und ging in die Opposition. Damit kam es zu einer ähnlichen Situation wie im Jahre 1998, als bei den Wahlen in der Slowakei eindeutig die HZDS geführt von Vladimír Mečiar siegte, die Regierung stellte aber der damalige Chef der SDK Mikuláš Dzurinda. Damals und auch heute äußerte sich das größere Koalitionspotential des christlich-liberalen politischen Spektrums, sowie auch die Sehnsucht der Wähler nach einer Änderung des Regierungsstils, bis dahin übersättigt von Korruption, gezeichnet von Populismus und auch Radikalismus.

Natürlich vollzog sich die derzeitige Änderung auch vor anderen gesellschaftspolitischen Bedingungen, da die internationale Position der Slowakei bereits durch ihre Mitgliedschaft in EU, NATO, im Schengen-Raum und auch in der Eurozone gestärkt ist. Die Wahlen 2010 waren also kein Volksentscheid mehr über die Entwicklungsrichtung des Landes in geopolitischen Zusammenhängen, sondern eher das Resultat bezüglich der weiteren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Orientierung der Slowakei. Es äußerte sich hier das Bemühen eines Großteils der Wähler nach einer erneuten Änderung des von Robert Fico repräsentierten Regierungsstils. Man kann sagen, dass sie eine Niederlage von Populismus

und Radikalismus anstrebten, deren Tendenzen in der ehemaligen Regierung die slowakische Öffentlichkeit immer mehr beunruhigten. Das bestätigt vor allem der Abgang der HZDS und ihres langjährigen Chefs V. Mečiar von der politischen Szene (die erreichten nur 4,3 % der Stimmen, was ihnen keinen Einzug ins slowakische Parlament ermöglichte), ähnlich wie das Ausscheiden der immer radikaleren SMK geführt von Pál Csáky, die ebenfalls die 5-Prozent-Grenze für den Einzug ins Parlament verpasste. Eine Niederlage erlitt auch die nationalistische Partei von Ján Slota – die SNS, die nur 5,1 % der Stimmen bekam und trotz Parlamentseinzug beträchtlich an Einfluss verlor. Obwohl die derzeitige Koalition bestehend aus den Parteien SDKU – KDH – SaS und Most – Híd nur eine knappe Mehrheit von 4 Parlamentssitzen gegenüber der Opposition, repräsentiert von SMER-SD und SNS, hält, ist zu erwarten, dass sie ihre Regierungsposition auch dank neuer „Spielregeln“ halten kann, die man im Koalitionsvertrag verankert hat. Es handelt sich um ein ausgeklügeltes Vorgehen bei der Abberufung von Ministern, oder anderen politisch Nominierten, das die Funktionalität der Regierung bezüglich Krisensituationen sicherstellt, sowie auch neue Regeln beim Austritt von Abgeordneten aus den Abgeordnetenfraktionen, was gewährleistet, dass die Regierung sich in keiner Krisen-Minderheit wiederfindet, wie dem schon in der Vergangenheit der Fall war. Die Koalitionsparteien regelten in der Vereinbarung auch das System der gegenseitigen Kommunikation bei der Lösung von Streitfragen, eingeschlossen eines Vetorechts bei der Durchsetzung von Gesetzen im Falle der ablehnenden Haltung einer der Parteien. Diese Vorsicht umgesetzt in die Regeln der Kooperation bereits in der Verhandlungsphase zeugt davon, dass sich die gegenwärtige Regierungskoalition der Slowakei der Gebrechlichkeit ihres Parlamentsstatus bewusst ist ebenso wie der Verantwortung gegenüber der Wähler.

Ein interessantes Ergebnis der Parlamentswahlen 2010 in der Slowakei ist die Machtbeteiligung zweier neuer Parteien – Freiheit und Solidarität (SaS) und Most – Híd. Richard Sulík, Chef der SaS, ein neues und dank des Wahlergebnisses auch ausdrucksstarkes Gesicht der slowakischen Politik, kann mit 12,1 % der Wählerstimmen Repräsentant der antretenden liberalen, dynamischen, aktiven und unternehmenslustigen Generation der slowakischen Gesellschaft werden, die einen gewissen Konservativismus der Standardparteien der Koalition ausgleichen könnte. Der unerwartete Erfolg der neuen Partei Most – Híd, die nationale Verträglichkeit, Versöhnlichkeit und Toleranz auf der politischen Szene schon durch ihre slowakisch-ungarische Parteibasis demonstriert, ist ein gutes Signal gegenüber dem Ausland hinsichtlich der Bereitschaft der neuen Regierung (deren Bestandteil sie ist), vor allem die derzeit schlechten Beziehungen zu Ungarn im Geiste der Regeln einer guten nachbarschaftlichen Koexistenz zu lösen, versöhnlich und ohne Radikalismus. Positiv ist in diesem Zusammenhang die aktuelle Äußerung des ungarischen Außenministers János Martonyi zur Bereitschaft seines Landes, alle umstrittenen Fragen zu lösen. Was die Problematik im Zusammenhang mit der Rahmenvereinbarung zur Gründung des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSF) angeht, der gegenüber die neue slowakische Regierung zögerlich gegenübersteht, kommt ihr Missbrauch im innerpolitischen Kampf der Slowakei nicht mehr in Betracht und es ist zu erwarten, dass die neue Ministerpräsidentin Iveta Radičová eine vernünftige Lösung findet, die die Eurozone wie auch die slowakische Öffentlichkeit zufriedenstellt.

Obwohl die Risiken, die die Stabilität der neuen Regierung in der Slowakei gefährden, real sind, so entstand sie doch aus einer Willensbekundung der slowakischen Öffentlichkeit für die Änderung der Verhältnisse im Land, für eine Besserung der wirtschaftlichen und auch sozialen Situation. Das Vertrauen, welches die Parteien der Regierungskoalition in den Wahlen erhielten, ist aber ein zerbrechliches Gefäß, welches im Falle der Enttäuschung schnell zu Bruch gehen kann. Die neue Regierung werden auf ihrem Weg die vielleicht zu großen Erwartungen der slowakischen Bürger begleiten, deren Realisierung kompliziert sein kann. Ein Versprechen ist aber die sympathische Offenheit, die die neue Koalition in Medien und Öffentlichkeit präsentiert, die Offenheit und Bereitschaft zuzuhören sowie Kompromisse einzugehen im Namen positiver Veränderungen und Vereinbarungen. Ein guter Anfang waren auch die erfolgreichen und flüssigen Verhandlungen zur Aufstellung der neuen

Regierung und die Aufteilung der Ämter auf verschiedene Machtebenen. Ein anderes Thema wird die Erfüllung der Wahlversprechen sein, aber auch die praktische Tätigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder und vor allem ihrer Ministerpräsidentin an der Spitze der Exekutivmacht. Das Mandat, welches ihnen die diesjährigen Parlamentswahlen einbrachte, könnten sie mit vernünftigen Schritten bei der Revitalisierung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens im Land halten und mit unerbittlicher Bekämpfung von Korruption, die heute eine große Gefahr für ihre Stabilität ist und die Vertrauenswürdigkeit der Slowakei als zuverlässigem Partner verschlechtert.

Die slowakischen Wähler entschieden in den Parlamentswahlen 2010 vor allem darüber, dass nach Vladimír Mečiar, Mikuláš Dzurinda und Róbert Fico Frau Iveta Radičová an die Spitze der slowakischen Regierung tritt – eine Frau mit der Ambition, das politische Gesicht der Slowakei zu wandeln – von der düsteren autoritativen und verschlossenen Gestalt eines starken und „übergewichtigen“ Staats hin zur menschlichen und offenen Gestalt einer bürgerlichen Gesellschaft, in denen ein schlanker und gerecht verwalteter Staat für Alle gleiche Rechte für Schwache und Starke garantiert.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ  
Autor: Eduard Buras  
Redaktion: Kerstin Jakubik  
Lazarettstr. 33 – 80636 München –  
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax: +49 (0)89 1258-359  
E-Mail: [grundsatzreferat@hss.de](mailto:grundsatzreferat@hss.de) – Homepage: [www.hss.de](http://www.hss.de)  
Erstellt am: 12.07.2010